

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 01.03.2005 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 19.02 Uhr, Ziffer 2, Buchst. F, d)

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel (ab 17.11 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel (ab 17.15 Uhr, Ziff. 1, ohne Ziff. 2 Buchst. G, s, Beschluss)

Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadtrat Rank (ab 17.04 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Schardt (ab 17.30 Uhr, Ziffer 1)

Stadträtin Schwab

Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Lorenz

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Dipl.-Ing. Lepelmann

Dipl.-Ing. Richter

Amtsrätin Erdel

Dipl.-Ing. Rützel

Amtfrau Hartmann

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: 2. Bgmin. Gold

Stadtrat Ley

Stadträtin Stocker

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass die Probleme durch den Gewerbesteuereinbruch des vergangenen Jahres auch in diesem Jahr getragen werden müssen. Es stimmt ihn positiv, dass während des Jahres durch Haushaltskonsolidierung bereits Einsparungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit vorgenommen werden konnten. Dennoch betont er, sei es am wichtigsten, die Einnahmen zu steigern. Er ist der Meinung, dass mit den Budgetfestsetzungen der Finanzausschusssitzung vom 17.02.2005 bzw. der Stadtratssitzung vom 24.02.2005 ein Zeichen dahingehend gesetzt worden ist. Oberbürgermeister Moser ist der Auffassung, dass man die Ressourcen der Stadt Kitzingen richtig einsetzen muss, um eine wirtschaftliche und verantwortungsvolle Politik für die Bürger der Stadt Kitzingen zu erreichen.

#### 1. Beratung der Haushalte 2005 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2004 – 2008)

Vor der Beratung des Investitionsprogramm und der Finanzplanung geht Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf die verschiedenen Eckpunkte des Haushaltes ein.

Er bezieht sich auf die vorläufige Abwicklung des Haushaltsjahres 2004, der durch den Gewerbesteuereinbruch und den damit verbundenen Sparmaßnahmen geprägt war. Außerdem mussten einige Projekte (Nordtangente, Kanalbaumaßnahmen) verschoben werden, da sie nicht wie ursprünglich begonnen werden konnten.

Als Nächstes geht er auf die Volumen der Finanzplanung und des Investitionsprogramms bis 2008 ein. Das Volumen von 2005 (Verwaltungshaushalt) ist beeinflusst durch die Wenigereinnahmen des anhaltenden Gewerbesteuereinbruchs und der Ausgliederung der Stadtbetriebe GmbH. Das Volumen des Vermögenshaushalt gründet auf die Vielzahl der Maßnahmen (Baugebiete, Nordtangente und Museum/Archiv).

Als Nächstes bezieht sich Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf den Haushalt 2005 mit den Eckdaten, bevor er einen Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2004 – 2008 sowie den Schulden und den Rücklagen gibt. Er teilt mit, dass sich die Finanzsituation im Jahr 2005 nicht gebessert hat, zudem weist er auf Risikofaktoren (Entwicklung der Gewerbesteuer, Entwicklung des Gewinns der Stadtbetriebe und Vermarktung der Bau- und Gewerbegebiete) hin, die den Haushalts immer beeinflussen können.

Zum Schluss seines Vortrages verweist er darauf, dass sich die Finanzen in Jahren 2006 und 2007 (Rückgang der Kreisumlage, Anstieg Schlüsselzuweisungen) zwischenzeitlich verbessern werden, während das Jahr 2008 wieder als „Normaljahr“ zu bezeichnen ist. Abschließend teilt er mit, dass die Finanzen der Stadt Kitzingen noch geordnet sind und der gesetzliche Haushaltsausgleich gegeben ist.

Der ausführliche Bericht von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer liegt dieser Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

#### 2. Beratung des Investitionsprogramm 2005 mit Finanzplanung 2004 – 2008

##### A. Einzelplan 0

a) 0600.9350 – Beseitigung der von der Fachkraft für Arbeitssicherheit festgestellten Mängel

In Beantwortung der Anfrage der KIK-Stadtratsgruppe weist Oberbürgermeister Moser auf die vorliegende Stellungnahme samt Mängelliste hin. Hiervon wird Kenntnis genommen.

Es bleibt bei der bekannten Vorgehensweise und den veranschlagten Ansätzen.

b) 0600.9451 – Umbau Stadtpost für Bauamtszwecke

Von der KIK-Stadtratsgruppe ergeht der Antrag, die Unterbringung der Registratur des Bauamts teils in die Landwehrstraße (Museum/Archiv) zu verlagern.

Laut Berufsmäßigem Stadtrat Rodamer ist das Bauamt noch mit der Prüfung der Anregungen aus der letzten Stadtratssitzung beschäftigt. Daraufhin soll eine neue Beschlussvorlage mit einer Entscheidung im Jahr 2005 erfolgen. Er weist darauf hin, dass die eingestellten 50.000,00 € sich lediglich im Finanzplanungsrest befinden.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

c) 0601.9350 – Austausch von Rechner, Bildschirmen, Drucker

Die FBW-Stadtratsfraktion bittet, in Zukunft alternativ zum Kaufangebot ein Leasingangebot einzuholen.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass hierbei längst so Verfahren wird, jedoch der Kauf in der Regel die günstigere Variante sei.

Stadtrat Heisel regt in diesem Zusammenhang an, die Schulen bei der Prüfung miteinzubeziehen. Er erinnert an die Vorgehensweise bei den Kopierern, wodurch die Stadt einiges an Kosten sparen konnte.

Amtsrat Hartner verweist auf die Stellungnahme des EDV-Leiters Herrn Zürrlein, laut der für die Stadt Kitzingen Leasingangebote im EDV-Bereich unrentabel sind. Stadtrat Rank bekräftigt dies, da Leasingverträge lediglich steuerliche Vorteile haben.

Es wird zustimmend Kenntnis genommen, dass weiterhin alternativ Leasingangebote zu den Kaufangeboten eingeholt werden und dann von Fall zu Fall entschieden wird, was günstiger ist. Die Mittel bleiben wie vorgeschlagen bei der Hst. 0601.9350 bzw. auch bei den Schulen eingestellt.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

a) Hst. 1300.9320 – Grunderwerb und Erschließung für FFW Repperndorf

Von der UsW-Stadtratsfraktion erging der Antrag, vor dem Fremdgrunderwerb für das Feuerwehrhaus Repperndorf das städtische Grundstück am ehem. alten Sportplatz auf die Eignung zu überprüfen.

Laut Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer wird das Grundstück derzeit vom Bauamt und Rechts- und Ordnungsamt auf Tauglichkeit überprüft. Es liegt jedoch im Wasserschutzgebiet. Falls es sich dennoch eignen sollte, wird auf Fremdgrunderwerb verzichtet. Es ist daher sinnvoll, den Ansatz von 100.000,00 € im Finanzplanungsrest bis zur entgeltigen Entscheidung zu lassen.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

### C. Einzelplan 2

#### a) Hst. 2112.9356 – Grundschule Siedlung; Einrichtung zusätzl. Klassen in 2005/2006

Stadtrat Müller möchte wissen, ob sich die Klassenmehrung durch die Sprengeländerung ergeben.

Amtrat Hartner teilt mit, dass durch die Sprengeländerung weitere Schüler von Etwashausen in die Siedlungsschule kommen und daher die Mittel bei dieser Haushaltstelle benötigt werden.

Hiermit besteht Einverständnis

#### b) Hst. 2121.9451 – Sanierung der D. Paul-Eber-Schule

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt den Antrag die Planung auf das Jahr 2005 und den Umbau auf die Jahre 2006/2007 vorzuziehen.

Die FBW-Stadtratsfraktion sieht ebenfalls dringenden Sanierungsbedarf und beantragen ebenso die Mittel für die Planung in 2005 und für den Umbau in 2006/2007 einzustellen. Zur Finanzierung schlagen sie die Verschiebung von Kanalbauarbeiten vor.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass die Sanierungsmaßnahme für die Schule nur dann den Anträgen entsprechend vorgezogen werden kann, wenn die Kanalarbeiten je nach Dringlichkeit entsprechend verschoben werden. Er weist aber darauf hin, dass bisher keine gesicherte Kostenschätzung über die Höhe der Sanierungskosten vorliegt.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass beim Vorgespräch betreffend der D. Paul-Eber-Schule vereinbart worden ist, die Ansätze zunächst auch aufgrund der Ganztagsklassen so beizubehalten. Nach der Entscheidung der Regierung von Unterfranken, ob und wann Ganztagsklassen nach Kitzingen kommen, kann mit der Planung begonnen werden. Falls diese noch heuer beginnen kann, wird die Planung auch trotz des Ansatzes in 2006, in 2005 durchgeführt werden können.

Es entsteht eine ausgiebige Diskussion zum Umbau der D. Paul-Eber-Schule und zur Notwendigkeit der einzelnen Kanalmaßnahmen, an der sich nahezu alle Stadtratsmitglieder beteiligen.

Stadtrat Heisel betont, dass es bei diesem Antrag nicht um die Höhe der Kosten, sondern um die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme ging. Er hat zudem bedenken, dass bei Nicht-Einstellung des Ansatzes in den Haushalt, die Maßnahme in diesem Jahr trotz Möglichkeit nicht begonnen wird.

Stadtrat Müller schlägt vor, die Ansätze so beizubehalten. Die Verwaltung soll jedoch mit Beschluss beauftragt werden, die Planung zum Umbau der Paul-Eber-Schule nach Vorlage des Raumprogramms in diesem Jahr zu beginnen. Bei den

Haushaltsberatung 2006 werden aufgrund der Leistungsphasen 1 und 2 die Kosten genauer benannt werden und demnach in den Haushalt eingestellt werden können.

**Mit 24 : 1 Stimmen**

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorlage des Raumprogramms mit der Planung zum Umbau der D. Paul-Eber-Schule im Jahr 2005 zu beginnen sowie eine verbesserte Kostenermittlung zu erstellen. Ebenso ist die Zuschussmöglichkeit abzuklären. Bei den Haushaltsberatungen 2006 werden die Mittel dann dementsprechend für die kommenden Jahre eingestellt.

c) Hst. 2122.9352 – Hauptschule Siedlung; Unterrichtsmittel und techn. Mittler Neuausstattung je eines EDV-Raumes in 2005/2006

Stadtrat Popp möchte wissen, ob die Pauschalbeträge jedes Jahr genutzt werden, oder ob diese willkürlich ohne Verwendung jährlich eingestellt werden.

Amtfrau Hartmann teilt mit, dass die Mittel jährlich für Bücher oder CD-Rom verbraucht werden.

Stadtrat Weiglein möchte dazu wissen, weshalb in den Jahren 2005 und 2006 der Ansatz jeweils 23.600,00 € beträgt.

Amtfrau Hartmann teilt daraufhin mit, dass die Vernetzung der einzelnen Arbeitsplätze aufgrund von Leistungsproblemen erneuert werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt hierzu, dass es sich hauptsächlich um die Anschaffung nötiger Hard- bzw. Software handelt.

d) Hst. 2121.9352 – D. Paul-Eber-Schule, Neuausstattung EDV-Raum

Stadtrat Müller regt hierzu an, dass es nicht sinnvoll ist, den Raum in diesem Jahr neu auszustatten, falls die Schule umgebaut werden wird.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fügt auch hierzu aus, dass es sich hauptsächlich um Hard- bzw. Software handle.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

e) Hst. 2431.9350 – Friedrich-Bernbeck-Schule; Möblierung Schulleiter-Zimmer

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass für die Erneuerung des Schulleiter-Zimmers bei o. g. Haushaltsstelle 2.800,00 € im Jahr 2005 eingestellt werden müssen.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 3

a) Hst. 3200.9369 – Einrichtungsgegenstände für Museum/Archiv

Von der KIK-Stadtratsgruppe erging der Antrag, die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände ins Jahr 2006 zu verschieben, da beim Komplettkauf höhere Rabatte erreicht werden können.

Die UsW-Fraktion möchte wissen, ob es sinnvoll ist, einen Teil der Einrichtungsgegenstände bereits in diesem Jahr zu beschaffen.

Die FBW fordert den Ansatz von 2005 auf das Jahr 2006 zu verschieben.

Zu den Fragen verweist Amtsrat Hartner auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Er teilt weiterhin mit, dass er mit der Verschiebung des Ansatzes von 50.000,00 € auf das Jahr 2006 einverstanden sei.

Stadtrat Weiglein fügt hinzu, dass ihm der Ansatz hierfür zu hoch ist und aufgrund der Budgetfestlegung die Einrichtungen zum Sparen angehalten wurden.

Amtsrat Hartner erwidert, dass die Kosten von 150.000,00 € für Vitrinen am untersten Level ausgerichtet worden sind.

Stadtrat Müller möchte wissen, ob bisherige Vitrinen mitgenutzt werden können oder ob komplett neue Vitrinen angeschafft werden müssen. Er bittet, dem Stadtrat eine Aufstellung zu kommen zulassen, welche Vitrinen zu welchem Anschaffungspreis benötigt werden. Er regt an, bestehende Vitrinen, die nicht gebraucht werden, zu veräußern. Bei den Haushaltsberatung 2006 wird dementsprechend der Ansatz von 150.000,00 € angepasst werden können.

Amtsrat Hartner teilt hierzu mit, dass es im Konzeptteam angedacht sei, wie bereits in der Vorstellung im November 2004 erläutert, das Museum komplett mit neuen Vitrinen auszustatten.

Nach aufkommender Diskussion weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass Amtsrat Hartner sich bereit erklärt hat, den Ansatz von 2005 (50.000,00 €) auf 2006 (150.000,00 €) zu verschieben. Die Anregungen von Stadtrat Müller sind aufgenommen worden.

Stadtrat Schmidt stellt in diesem Zusammenhang fest, dass bei den Umbaukosten (Hst. 3200.9450) 60.000,00 € für bewegliches Vermögen aufgeführt sind, die gegebenenfalls bei der Hst. 3200.9369 einzustellen wären. Er möchte wissen, wofür der Ansatz gedacht ist.

Amtsrat Hartner teilt mit, dass hiermit das Depot im Museum/Archiv eingerichtet werden wird, worauf Stadtrat Schmidt die Auffassung vertritt, dass diese Kosten dann der Hst. 3200.9369 zu geordnet werden müssten und bittet dies zu klären.

Amtsrat Hartner teilt die Auffassung von Stadtrat Schmidt, da somit die Umbaukosten und die Einrichtungskosten klar getrennt würden.

**Mit 25 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz der Hst. 3200.9369 in Höhe von 50.000,00 € von 2005 auf das Jahr 2006 zu verschieben, so dass dieser dann dort 150.000,00 € beträgt. Die Anregungen bezüglich der Vitrinen bzw. der Zuordnung der 60.000,00 € werden von der Verwaltung geprüft.

b) Hst. 3200.3620 – Zuschüsse des Bezirks für das Museum Archiv  
Hst. 3200.1720 – Zuweisung des Bezirks für Museumsfachkraft

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass in den nächsten drei Jahren ein Zuschuss des Bezirkes in Höhe von 75.000,00 € pro Haushaltsjahr zugesichert worden ist. Dabei werden 50.000,00 € im Vermögenshaushalt und 25.000,00 € im Verwaltungshaushalt (Museumsfachkraft) eingestellt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Ebenso teilt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer mit, dass sich aber aufgrund der Verschiebung des Ansatzes bei Hst. 3200.9369 (50.000,00 € von 2005 auf 2006) auch der Zuschuss bei Hst. 3200.3620 von 50.000,00 € von 2005 nach 2006 verschiebt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

c) Hst. 3501.9610 – Erneuerung der Heizzentrale  
Hst. 3521.9610 – Erneuerung der Heizzentrale

Die KIK-Stadtratsgruppe beantragt die Erneuerung der Heizzentrale bei VHS/Stadtbücherei ins Jahr 2006 zu verschieben.  
 Die FBW-Stadtratsfraktion möchte die Dringlichkeit der Erneuerung überprüft wissen, um evtl. die Maßnahme verschieben zu können.

Dipl.-Ing. Rützel erläutert, dass die Anlage aufgrund des Alters nicht mehr die vorgeschriebenen Abgaswerte einhält. Die Maßnahme kann daher nicht geschoben werden. Es liegt zudem eine Stellungnahme des Bezirkskaminkehrermeister Emmerling vor, der die Erneuerung ebenfalls empfiehlt.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

d) Hst. 3651.9404 – Sanierung Kriegerdenkmal Repperndorf

Der FBW fehlt bei dieser Haushaltsstelle der Ansatz von 25.000,00 € laut Finanzausschussbeschluss vom 27.01.2005.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass dieser Ansatz in der 1. Änderungsliste vom 21.02.2005 bei der Hst. 3651.9404 eingearbeitet worden ist.

Es besteht Einverständnis damit, dass der Ansatz von 25.000,00 € für das Jahr 2005 aufgenommen wird.

e) Hst. 3601.3590 – Ablösezahlung für Ausgleichsflächen (Ökokonto)  
Hst. 3601.9328 – Ablösungszahlungen Ökokonto (Pauschal)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt auf Anfrage von Stadtrat Popp mit, dass ab 2005 bis 2008 bei der Haushaltsstelle 3601.9328 pauschal 50.000,00 € für Ablösungszahlungen Ökokonto eingesetzt werden. Auf der Einnahmeseiten (Hst. 3601.3590) ergeben sich pro Jahr 45.000,00 €, da 90 % der Auszahlung wieder an die Stadt zurück fließen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E. Einzelplan 4

a) Hst. 4351.9451 – Verbesserung von Sanitäreinrichtungen

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass im Verwaltungshaushalt die Unterabschnitte 4351 (Obdachlose) und 8802 (Schlichtwohnungen) zusammengelegt worden sind. Dies muss demnach im Vermögenshaushalt analog geschehen. Der Ansatz von 8802.9451 wird für die Jahre 2005 bis 2008 auf 0,00 € gestellt und dementsprechend bei der Haushaltstelle 4351.9451 (von 2005 bis 2008: 5.000,00 €) angesetzt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) Hst. 4606.9350 – Zentrale Anlaufstelle; Computer mit Drucker

Die KIK beantragt, den notwendigen PC mit Brenner und Drucker über Sponsoren zu beschaffen.

Der Antrag der UsW umfasst die Prüfung, ob alte Geräte der VHS in der Zentralen Anlaufstelle (ehem. Jugendhaus) verwendet werden können.

Die FBW regt dazu an, die alten Geräte aus den Schulen für die Zentrale Anlaufstelle zu verwenden.

Die Verwaltung wird versuchen, Sponsoren zu finden, welche die Beschaffung ganz oder teilweise finanzieren. Eine Prüfung der Verwaltung hat jedoch ergeben, dass alte Computer der VHS bzw. der Schulen nicht mehr vorhanden sind bzw. sich nicht eignen. Der Ansatz soll trotzdem erhalten bleiben und wird am Jahresende entsprechend eingespart, falls sich Sponsoren finden.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) Hst. 4609.9320 – Einrichtung dezentraler Jugendtreffs

Laut Antrag der UsW soll der Bedarf ermittelt werden und im gleichen Zug festgestellt werden, ob die Jugendpflege mit dem derzeitigen Personal weitere Jugendtreffs betreuen kann.

Die FBW bittet aufgrund der Haushaltslage die Errichtung von neuen dezentralen Jugendtreffs zu prüfen. Diese sollen jedoch ohne Personalmehrung und aus dem eigenen Budget vorgenommen werden.

Amtsrat Hartner erklärt, dass der Ansatz auch für Ersatzbeschaffungen gedacht ist. Die Verwaltung schlägt - um die Handlungsfähigkeit zu gewährleisten - vor, die Ansätze einstweilen zu belassen. Im Jahr 2005 wird über die Perspektiven und Projekte der Jugendarbeit in einer Stadtratssitzung gesondert diskutiert werden. Der Ansatz des Jahres 2005 in Höhe von 7.000,00 € ist Bestandteil des Budgets Jugendarbeit.

Stadtrat Rank schlägt vor, um Missverständnisse zu vermeiden, das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Ersatzbeschaffungen“ zu ersetzen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

F. Einzelplan 5

a) Hst. 5500.9880 – Zuschuss für Schützengilde Hohenfeld

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass von der Schützengilde Hohenfeld ein Zuschussantrag betreffend ihrer Schießstanderweiterung vorliegt. Dieser Punkt wird im nächsten Turnus des Finanzausschusses behandelt. Die Mittel in Höhe von 20.000,00 € (jeweils 10.000,00 für 2005 und 2006) werden bei der Haushaltsstelle 5500.9880 (Investitionszuschüsse an Sportvereine) zusätzlich aufgenommen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) Hst. 5702.9850 – Finanzierung des Umbaus des Hallenbades

Die UsW-, SPD-, und FBW-Stadtratsfraktion beantragen zu prüfen, ob die Finanzierung des Hallenbades mit einem Darlehen an die Stadtbetriebe GmbH anstatt mit einem Zuschuss abgewickelt werden sollte (steuerliche Gründe).

Von der Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Frage der Finanzierung noch ausführlich zusammen mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) geprüft wird, wird zustimmend Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass nach der Prüfung des BKPV die kostengünstigste Lösung für die Stadt Kitzingen gewählt wird.

c) Hst. 5800.9350 – Ersatzbeschaffungen Ruhebänke und Abfallbehälter

Stadtrat Müller teilt mit, dass in der Vergangenheit vermehrt beobachtet worden ist, dass bei Veranstaltungen bzw. Märkten die Betreiber den Abfall in die öffentlichen Mülleimer werfen und somit die Stadt die Kosten der Leerung trägt.

Oberbürgermeister Moser meint, dass bei der Standgebühr zusätzlich eine Abfallgebühr aufgeschlagen werden könnte. Bezüglich der Weihnachtsmarktgemeinschaft ginge diese jedoch nicht, da diese die Stände selbstständig vergeben.

Stadträtin Wallrapp geht ebenfalls kurz auf das Problem ein und schlägt hinsichtlich der Weihnachtsmarktgemeinschaft vor, den Verantwortlichen bei einem Gespräche die Problematik an die Hand zu geben und dies im gleichen Zuge den Standbetreibern weiterzugeben.

Oberbürgermeister Moser hält dies für sinnvoll.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel weist darauf hin, dass einige Veranstaltungen nicht genehmigt sondern lediglich angezeigt werden müssen und somit einen Abfallgebühr nicht erhoben werden kann.

d) Hst. 5900.9581 – Natur in der Stadt – Mittel für Beratungen

Die KIK bzw. die FBW haben beantragt, den Ansatz der Beratungskosten in Höhe von 8.000,00 € genauer zu begründen.

Dipl.-Ing. Lepelmann teilt mit, dass es sich beim Ansatz für 2005 (8.000,00 €) um eine Pauschalsumme (z. B. für Leistungen von Arc-Grün oder Anderer) handelt. Nach beginnender Diskussion, über die Höhe des Ansatzes bzw. ob es sich um eine vertraglich Verpflichtung mit Arc-Grün handle, teilt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer mit, dass der grundsätzliche Pauschalansatz 5.000,00 € beträgt. Auf Antrag des Bauamtes ist bei dieser Haushaltstelle dieser auf 8.000,00 € erhöht worden. Berufsmäßiger Stadtrat Groß wäre mit einer Reduzierung auf 5.000,00 € einverstanden.

**Mit 25 : 0 Stimmen**

Der Ansatz bei Hst. 5900.9581 – Natur in der Stadt – Mittel für Beratungen wird von 8.000,00 € auf 5.000,00 € im Jahr 2005 reduziert. Die Ansätze für die Folgejahre bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

**Oberbürgermeister Moser unterbricht die Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr.**G. Einzelplan 6a) Hst. 6131.9357 – Bauordnung, Ersatz für PKW

Die KIK-Stadtratsgruppe stellt den Antrag, die Ersatzbeschaffung des Pkw um mindestens ein Jahr zu verschieben.

Die Verwaltung erläutert, dass es sich um den Ersatz eines 20 Jahre alten PKW handelt, der nicht mehr durch den TÜV kommt.

Daraufhin macht Stadtrat Konrad den Vorschlag, die Möglichkeit eines Erdgasautos als Ersatzfahrzeug zu prüfen. Bei der geplanten, geringen Laufleistung sind die Folgekosten niedriger als bei einem Otto-Motor.

Oberbürgermeister Moser als auch das Gremium sehen dies als umsetzbar an, eine Prüfung vor der Ersatzbeschaffung wird zugesagt. Die Mittel bleiben in bekannter Höhe auf der Hst. bestehen.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Hst. 6141.9329 – Baulandumlegung Holunderweg

Nach Erläuterung von Berufsmäßigem Stadtrat Rodamer besteht damit Einverständnis, den Ansatz für das Jahr 2005 von 5.000,00 € auf 50.000,00 € zu erhöhen (Ausgleich für Mehrzuteilung).

c) Hst. 6151.9451 – Sanierungsmaßnahmen Ritterstraße 20

Die KIK fordert eine detaillierte Aufstellung der Gesamtkosten von 43.000,00 €. Die UsW möchte einen Sachstandsbericht zu den Gesamtkosten der Ritterstraße 20.

Vom Kostenbericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Stadtrat Schmidt möchte ebenso die Kosten, die vor 2003 angefallen sind (Untersuchung Gahrenfeld dergl.).

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu. Ebenso sagt er Verhandlungen des Bauamtes mit Investor Wittmann hinsichtlich des Erwerbs der Pläne zu.

d) Hst. 6328.3400 – Grundstücksverkaufserlöse Eselsberg Süd

Hst. 6328.3521 – Erschließungskostenbeiträge Straßenbau Eselsberg Süd

Hst. 6328.9501 – Straßenerschließung Eselsberg Süd

Hst. 6328.9502 – Straßenanpassung Richard-Wagner-Straße  
Hst. 6328.9503 – Neubau Wirtschaftsweg Eselsberg Süd  
Hst. 6328.9504 – Errichtung Kleingartenanlage Eselsberg Süd

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass bei den o. g. Haushaltstellen im Jahr 2005 und 2006 Mittel hinsichtlich der Straßenbaumaßnahmen im Baugebiet Eselsberg Süd eingestellt werden müssen. Zudem fallen Kosten für die Straßenanpassung Richard-Wagner-Straße und den Neubau eines Wirtschaftsweges im Eselsberg Süd an. Auf der Einnahmeseite stehen im Gegenzug die Verkaufserlöse von Grundstücken sowie die Erschließungskostenbeiträge.

Hinsichtlich der Errichtung der Kleingartenanlage teilt er mit, dass dieser Ansatz im Finanzplanungsrest eingestellt wird, da der Bedarf und der Umfang dieser Anlagen noch nicht feststeht.

Stadtrat Müller bezweifelt, dass man sich die Kleingartenanlage zur jetzigen Haushaltslage leisten könne, da jedes Jahr laufende Kosten anfallen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass zunächst der Bedarf ermittelt und der Stadtrat die jeweilige Umsetzung selbst beschließen wird.

Mit der Aufnahme der Ansätze entsprechend den Festlegungen in der Änderungsliste 1 besteht Einverständnis.

e) Hst. 6300.9421 – Errichtung und Überdachung von Buswarteallen

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach, ob der Ansatz eine Pauschale darstellt, oder ob etwas genaueres geplant ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass diese Summe neben einem bestehenden Haushaltsausgaberesult von rd. 6.100,00 € für den Neubau der Buswartealle in Hohenfeld veranschlagt worden ist (Beschluss Finanzausschuss vom 27.01.2005). Er teilt weiterhin mit, dass ein Zuschuss von 5.000,00 € erhofft wird.

f) Hst. 6327.3400 – Gewerbegebiet Hoheim; Veräußerung von Grundstücken  
Hst. 6327.9320 – Gewerbegebiet Hoheim, Erwerb von Grundstücken  
Hst. 6327.9501 – Gewerbegebiet Hoheim, Straßenerschließung

Stadtrat Müller möchte wissen, weshalb die Ansätze bei den o. g. Haushaltstellen jeweils 0,- € beträgt.

Oberbürgermeister Moser weist daraufhin, dass der Sachstand gegenwärtig unverändert ist und hierüber keine Nachfrage bei der Stadt Kitzingen einging.

Bei Bedarf sei ein Städtebaulicher Vertrag oder eine „Bayergrund-Finanzierung“ außerhalb des Haushaltes vorgesehen.

g) Hst. 6329.3400 – Verkauf Grundstück Repperndorfer Siedlung  
Hst. 6329.9580 – Bodenaustausch Grundstück Repperndorfer Siedlung

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass aufgrund der Beschlusslage bei der Hst. 6329.3400 128.000,00 € (Grundstücksverkaufserlöse) und bei der Hst. 6329.9504 265.000,00 € (Bodenaustausch) eingestellt worden sind.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

h) 6332.9580 – Gewerbegebiet Schutzhafen; Bodenaustausch

Von der FBW ergeht der Antrag, dass die Kosten vom neuen Pächter zu tragen sind.

Die Verwaltung erläutert, dass es sich hierbei jedoch um die Restkosten des Grundstücks „Poslawski“ aus dem Jahr 2004 handelt.

Stadträtin Wachter bittet noch darum, den Stadtrat über die Gesamtkosten des Bodenaustauschs zu informieren.

Der Ansatz bei o. g. Haushaltstelle bleibt unverändert.

i) Hst. 6333.9501 – Ausbau Breslauer Straße

Die UsW-Fraktion beantragt die Verschiebung der Maßnahme Breslauer Straße, da die Bauverwaltung mit den Bau- und Gewerbegebieten ausgelastet ist.

Stadtrat Müller hält es für sinnvoller, die Baugebiete voranzutreiben und nicht so dringliche Maßnahme zu verschieben

Mit den Ansätzen zu den Kanalmaßnahmen im Jahr 2006 und 2007 in der im Investitionsprogramm enthaltenden Form, war laut Berufsmäßigem Stadtrat Rodamer angedacht, dem Stadtrat finanzielle Handlungsmöglichkeit zu verschaffen, falls kurzfristig weitere Maßnahmen durchgeführt werden könnten.

Oberbürgermeister Moser weist zudem darauf hin, dass die Durchführung vieler Maßnahmen derzeit Beschlusslage ist.

Es entsteht eine ausgiebige Diskussion zur Dringlichkeit der verschiedenen Kanal- bzw. Baumaßnahmen. Es geht hauptsächlich darum, in welchem Umfang die Maßnahmen von der Verwaltung selbst durchgeführt werden können und welche nach außen vergeben werden müssen. Die Stadträte empfinden, dass es wichtiger ist die Gewerbe- bzw. Baugebiete voranzubringen und Maßnahmen die derzeit nicht dringlich sind, zu verschieben.

Dipl. – Ing. Richter geht ausführlich auf die verschiedenen Kanalmaßnahmen ein und erläutert deren Dringlichkeit.

Auf die weiterführende Diskussion zum Ausbau der Breslauer Straße und zur weiteren Vorgehensweise berichtet Dipl. – Ing. Richter kurz über den Zustand des Kanals in der Breslauer Straße, der sich allgemein als sanierungsbedürftig darstellt. Er weist außerdem daraufhin, dass laut Mitteilung der LKW die Wasserrohre in diesem Bereich ausgewechselt werden müssten.

Oberbürgermeister Moser ist der Meinung, dass das Verschieben dieser Kanalmaßnahme sowie der Ausbau der Breslauer Straße unter diesem Aspekt keinen Sinn macht. Die Ansätze sollen demnach so beibehalten werden. Falls sich bei den Haushaltsberatungen 2006, auch in Absprache mit der LKW hinsichtlich der Dringlichkeit der Wasserleitungsverlegung, ein anderer Sachstand ergeben sollte, ist dann eine weitere Verschiebung möglich.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen. Es bleibt bei den bisherigen Ansätzen.

j) Hst. 6334.9501 – Ausbau Gartenstraße

Während der Diskussion zum Ausbau der Breslauer Straße (siehe oben) gehen Stadtrat Schmidt und Stadträtin Wallrapp ebenso auf die Gartenstraße ein und stellen den Antrag, den Ansatz der Maßnahme in den Finanzplanungsrest zu verschieben, da sie derzeit keine Dringlichkeit darin sehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass er hierzu einen Beschluss vom 03.03.2004 gibt, der nun aufgehoben werden müsste. Des weiteren teilt er mit,

dass die Einnahmen aus den Beiträgen sich ebenso in den Finanzplanungsrest verschieben müssen.

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Der Ansatz für das Jahr 2006 bei o. g. Haushaltsstelle in Höhe von 600.000,00 € wird in den Finanzplanungsrest geschoben. Die Beschluss des Stadtrates vom 03.03.2004 wird somit aufgehoben. Gleichzeitig verschieben sich die Einnahmen bei Hst. 6334.3525 (Beiträge) in Höhe von 300.000,00 € in den Finanzplanungsrest.

k) Hst. 6335.3400 – Verkaufserlöse Großlangheimer Straße Nord

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass bei der o. g. Haushaltsstelle die Ansätze im Jahr 2006 um 200.000,00 € im Jahr 2007 ebenfalls um 200.000,00 € und im Jahr 2008 um 50.000,00 € gekürzt worden sind. Die Summe von insgesamt 450.000,00 € wird aufgrund der bekannten Situation und zur Risikominimierung in den Finanzplanungsrest eingestellt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

l) Hst. 6335.9501 – Gewerbegebiet Großlangheimer Str. Nord; Straßenerschließung Hst. 7103.9506 – Gewerbegebiet Großlangheimer Str. Nord; Regenwasserkanäle Hst. 7103.9509 – Gewerbegebiet Großlangheimer Str. Nord; Schmutzwasserkanäle

Stadtrat Rank erscheint der Ansatz bei diesen Haushaltsstellen zu hoch und bittet dies nochmals abzuklären.

Dipl.-Ing. Richter erläutert kurz an einer Folie weshalb die Kosten zur Entwässerung in diesem Bereich so hoch ausfallen.

Auf die Äußerungen von Stadtrat Müller zu den Erschließungsstandards und den damit verbunden Kosten schließt sich eine kurze Diskussion an.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass auch laut Antrag der CSU-Fraktion im Mai 2005 zu jedem Baugebiet eine Kalkulation zu den Erschließungskosten dem Stadtrat vorgestellt werden wird.

Es besteht Einverständnis damit, die Ansätze bei o. g. Haushaltsstellen zu belassen.

m) Hst. 6370.9581 – Dorferneuerung Etwashausen

Die KIK ist der Auffassung, dass durch Reduzierung der Ausbaustandards, Kosten bei der Dorferneuerung Etwashausen eingespart werden können.

Die Stellungnahmen der DLE und des Stadtbauamtes werden zur Kenntnis genommen. Der Verwaltung ist der Auffassung, dass sich erst nach den Ausschreibungen zeigen wird, ob man Kosten einsparen kann. Solange sollen die Ansätze unverändert bleiben. Sind die Auftragsvergaben günstiger, werden die Kosten entsprechend eingespart.

Stadtrat Konrad teilt abschließend mit, dass die Anwohner mit derartigen Ausbaustandards nicht einverstanden sind, wenn dadurch die Kosten in die Höhe getrieben werden, wobei ein Teil wieder an die Anwohner umgelegt wird.

Die Ansätze bei o. g. Haushaltsstelle bleiben unverändert.

n) Hst. 6453.9504 – Aufpflasterung Hindenburgring Nord und Alte Poststraße

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass bei dieser Haushaltsstelle der Ansatz sich von 2.000,00 € auf 4.000,00 € verändert, da aufgrund der Schulwegsicherheit sich eine zusätzliche Aufpflasterung in der Alten Poststraße ergibt.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

o) Hst. 6457.3610 – Zuschuss für Geh- und Radweg nach Buchbrunn

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass bei dieser Haushaltstelle für das Jahr 2005, 50.000,00 € laut Bewilligungsbescheid eingestellt werden können.

Hiermit besteht Einverständnis.

p) Hst. 6481.9504 – Sanierung Fußgängerbrücke Freibad

Die KIK-Stadtratsgruppe fragt nach, weshalb die Sanierung der Fußgängerbrücke erst im Jahr 2006 erfolgen wird, da die Zufahrt von Rettungswagen bei Unfällen gewährleistet werden muss.

Die FBW-Fraktion möchte überprüft wissen, ob die Kosten der Sanierung der Stadtbetriebe GmbH zugeordnet werden kann.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Auffütterungen zur Befahrung durch Rettungswagen im Jahr 2005 vorgenommen werden (Zahlung durch die Stadtbetriebe GmbH). Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass die Brücke im Eigentum der Stadt ist und nicht an die Stadtbetriebe GmbH übergehen werde. Er sagt jedoch einer Prüfung darüber, ob es sinnvoll ist, die Brücke noch an die Stadtbetriebe GmbH zu übergeben.

Die Ansätze bei o. g. Haushaltstelle bleiben unverändert.

q) Hst. 6501.9501 – Sanierung Bordstein Alte Mainbrücke

Die FBW möchte wissen, weshalb bei der Fahrbahnerneuerung in 2004 die Bordsteine nicht gleich mit saniert worden sind.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben bei o. g. Haushaltstelle bleiben unverändert.

r) Hst. 6481.9504 – Erneuerung der Rödelbachbrücke

Stadtrat Müller bezieht sich bei dieser Haushaltsstelle auf den Haushaltsausgebrest von 100.000,00 € und fragt nach, ob die Erneuerung im Jahr 2005 erfolgen wird.

Dipl. Ing. Richter weist darauf hin, dass die Bauarbeiten im Frühjahr 2005 beginnen werden.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

s) Hst. 6600.9320 – Grunderwerbsabrechnung für den Ausbau Mainbernheimer Str. /B8

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass aufgrund der Schlussabrechnung bei dieser Haushaltsstelle im Jahr 2005 17.000,00 € eingestellt werden müssen (Grunderwerbsabrechnung durch Straßenbauamt).

Hiermit besteht Einverständnis.

t) Hst. 6801.9401 – Einrichtung weiterer Fahrradtresore

Die KIK, UsW bzw. FBW möchten über die Akzeptanz, Auslastung und Einnahmen der Fahrradtresore informiert werden und gegebenenfalls diese verschieben. Laut dem SPD-Antrag soll der Ansatz von 10.000,00 € in 2005 in den Finanzplanungsrest verschoben werden.

Oberbürgermeister Moser sagt eine Information bezüglich Auslastung und Einnahmen zu.

Stadtrat Lux stellt den Antrag den Ansatz ins Jahr 2007 zu verschieben.

**Mit 25 : 0 Stimmen**

Der Ansatz von 10.000,00 € bei der Haushaltstelle 6801.9401 wird vom Jahr 2005 ins Jahr 2007 verschoben.

u) Hst. 6905.9501 – Hochwasserfreilegung am Eherieder Bach

Stadtrat Schardt möchte wissen ob der Ansatz von 1,3 Millionen ausschließlich die B8 und die Talstraße umfasst.

Dipl. – Ing. Richter teilt mit, dass hier ein Stadtratsbeschluss zugrunde liegt, laut dem lediglich die kleine Lösung (BayPass) ohne Rückhaltung umgesetzt wird.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

H. Einzelplan 7

a) Hst. 7000.3531 – Herstellungsbeiträge (zusätzlich Eselsberg Süd)

Es wird davon Kenntnis genommen, dass sich der Ansatz des Jahres 2005 um 50.000,00 € auf 350.000,00 € erhöht.

b) Hst. 7102.9508 – Kanalauswechslung Repperndorfer Siedlung

Die KIK-Stadtratsgruppe fordert die Verschiebung des Ansatzes in den Finanzplanungsrest, da die Kanalauswechslung erst in Zusammenhang mit der Vermarktung durchgeführt werden soll.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Kanalauswechslung auch ohne Vermarktung des Geländes nötig ist. Zudem besteht seit kurzem ein Stadtratsbeschluss dazu (Bodenaustausch).

Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze bleiben unverändert.

c) Hst. 7103.9506 – Kanäle Gewerbegebiet Großlangheimer Str. Nord.

Die FBW-Stadtratsfraktion stellt den Antrag die Kosten des Regenüberlaufbeckens auf die Herstellungskosten umzulegen.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass dies bei der Abrechnung entsprechend erfolgen wird. Zudem wird hierüber im Stadtrat Beschluss gefasst werden müssen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

d) Hst. 7103.9507 – Kanalerschließung Baugebiet Buddental

Stadtrat Müller fragt nach den Bohrungen im Buddental und was sich im Nachgang daraus ergeben hat.

Dipl. – Ing. Richter äußert sich kurz zum Sachstand und teilt mit, dass vom Wasserwirtschaftsamt ein Schreiben erwartet wird, welche Maßnahmen in diesem Bereich noch durchgeführt werden müssen.

Stadtrat Müller bittet über neue Erkenntnisse informiert zu werden.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

e) Hst. 7104.9505 – Kanalauswechslung Thomas-Ehemann-Straße

Die UsW beantragt die Kanalauswechslung zu verschieben, da die Bauverwaltung mit den Bau- und Gewerbegebieten ausgelastet ist.

Dipl. – Ing. Richter trägt kurz die verschiedenen Schäden des Kanal vor, die in Teilbereichen stärker ausfallen als in anderen.

**Mit 24 :2 Stimmen**

Die Ansätze zur Auswechslung des Kanals Thomas-Ehemann-Straße werden von 2006/2007 auf die Jahre 2007/2008 verschoben (400.000,00/120.000,00 €)

f) Hst. 7104.9507 – Kanalerneuerung Friedrich-Ebert-Straße

Auf Antrag der UsW Stadtratsfraktion soll die Maßnahme aufgrund der Überlastung des Bauamtes verschoben werden.

**Mit 26 :0 Stimmen**

Der Ansatz bei der Haushaltsstelle 7104.9507 (285.000,00 €) wird von 2006 in das Jahr 2007 verschoben.

g) Hst. 7104.9508 – Sammler Bahnhofplatz; Friedensstraße

Von der UsW ergeht der Antrag, die Maßnahme am Bahnhofplatz zu verschieben.

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz von 425.000,00 bei o. g. Haushaltstelle vom Jahr 2007 in das Jahr 2008 zur verschieben.

h) Hst. 7107.9502 – Kanalsanierung Breslauer Straße

Die UsW beantragt die Verschiebung der Kanalsanierung in der Breslauer Straße, da das Bauamt mit den Bau- bzw. Gewerbegebieten derzeit ausgelastet ist.

Die Maßnahme wurde bereits ins Jahr 2007 verschoben. Der Kanal ist laut Stellungnahme des Bauamtes in einem äußerst schlechten Zustand und muss daher dringend saniert werden.

Oberbürgermeister Moser weist zudem auf die Äußerung von Dipl. – Ing. Richter hin, dass die LKW die Wasserleitung in diesem Bereich dringend erneuern möchte.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

i) Hst. 7108.9503 – Kanalauswechslung Richard-Wagner-Straße/B 8

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt aufgrund der Erläuterung von Dipl. – Ing. Richter mit, dass die Maßnahme von 2006/2007 auf 2005 vorgezogen werden muss, die Kosten der Maßnahme sich jedoch von 280.000,00 € auf 210.000,00 € reduzieren.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

j) Hst. 7108.9506 – Kanalauswechslung Paul-Eber-Straße

Laut Antrag der UsW-Stadtratsfraktion soll die o. g. Maßnahme aufgrund der Auslastung des Bauamtes verschoben werden.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass aufgrund der Stellungnahme von Dipl. – Ing. Richter es sinnvoller wäre, den Ansatz in den Finanzplanungsrest zu schieben.

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Der Ansatz von 200.000,00 € bei o. g. Haushaltsstelle wird vom Jahr 2007 in den Finanzplanungsrest verschoben.

k) Hst. 7108.9509 – Kanalerschließung Eselsberg Süd

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt außerdem mit, dass zur Kanalerschließung des Baugebiets Eselsberg Süd im Jahr 2005 170.000,00 € bei o. g. Haushaltstelle eingestellt werden müssen.

Hiermit besteht Einverständnis.

l) Hst. 7181.9680 – Neue Kläranlage; Betriebstechnische Anlagen

Von der KIK-Stadtratsgruppe ergeht die Bitte, die Kosten der Niederspannungshauptverteilung und der Sanierung des Gasbehälters aufzustellen.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ansätze bei o. g. Haushaltstelle bleiben unverändert.

m) Hst. 7512.9357 – Neuer Friedhof, Beschaffung Neuer Fahrzeuge

Die UsW-Stadtratsfraktion möchte die Möglichkeit der Privatisierung im Jahr 2005 überprüft wissen.

Der Antrag der FBW-Fraktion umfasst die Prüfung der Privatisierung im Jahr 2005 und anschließende Vorlage an den Stadtrat. Des weiteren möchten sie eine Bericht über die Möglichkeiten des Friedwaldes.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Prüfung der Privatisierung derzeit läuft. Die Sitzungsvorlage für den Personalausschuss am 05.04.2005 liegt bereits vor.

Auf die Frage von Stadträtin Wallrapp zum Friedwald, entsteht eine Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen zu diesem Thema.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel weist darauf hin, dass ein Friedwald derzeit aufgrund der Gesetzeslage in Bayern nicht umsetzbar ist.

Stadtrat Mahlmeister weiß zu berichten, dass die Stadt Würzburg im Bereich des eigenen Friedhofes die Möglichkeit nutzt, Bestattungen vergleichbar zu denen des Friedwaldes vorzunehmen.

Stadtrat Popp bittet, sich über die mögliche Umsetzung in Kitzinger Friedhöfen zu erkundigen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Die Ansätze bleiben unverändert.

n) Hst. 7512.9401 – Neuer Friedhof; Errichtung weiterer Urnenanlagen

Stadtrat Mahlmeister als Referent für Friedhofsangelegenheiten hält es für sinnvoll, in den kommenden Jahren Gelder bei dieser Haushaltstelle einzusetzen, da in absehbarer Zeit im Neuen Friedhof eine weitere Urnenanlage errichtet werden muss.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt daraufhin vor, bei o. g. Haushaltstelle im Jahr 2007 einen Ansatz von 20.000,00 € einzustellen.

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz von 20.000,00 € bei der Haushaltstelle 7512.9401 in der mittelfristigen Finanzplanung ins Jahr 2007 einzusetzen.

o) Hst. 7621.9401 – Stadthalle; Projektberatung

Die KIK und die UsW möchten die Aufschlüsselung der Kosten zur Projektberatung Stadthalle. Zudem möchten sie die Haftungsfrage geklärt wissen.

Die FBW-Stadtratsfraktion wünscht sich einen Bericht über das Interessenbekundungsverfahren.

Von der Kostenaufstellung der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Stadtrat Schmidt äußert seinen Unmut über den Vertrag, da er Bestandteile enthält, die seitens des Stadtrates in dieser Form nicht beschlossen worden sind.

Es schließt sich eine lange Diskussion über den Vertrag zur Stadthalle und dem damit verbundenen Interessenbekundungsverfahren an.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß zitiert das Schreiben vom 03.02.2005 an das Büro Stürzenhofecker, wonach das Interessenbekundungsverfahren in der zweiten Jahreshälfte 2005 möglich erscheint.

Stadtrat Müller wirft die Frage der Haftung auf und möchte wissen, ob der Schaden der Stadt Kitzingen bei der Kassenversicherung geltend gemacht werden kann.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel kann nicht genau einschätzen inwieweit die Kassenversicherung den Schaden reguliert. Er sagt eine Prüfung zu.

Die Ansätze bleiben unverändert.

p) Hst. 7690.9350 – Einbau einer gespendeten Küche ins prov. Bürgerzentrum

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass für das Bürgerzentrum eine Ausstellungsküche gespendet worden ist, wobei sich die Einbaukosten auf 4.500,00 € belaufen, die von der Stadt Kitzingen selbst zu tragen sind.

Stadträtin Dr. Endres-Paul empfindet die Höhe der Einbaukosten als zu hoch. Sie denkt, dass durch die Mithilfe von Freiwilligen die Einbaukosten sinken könnten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass es sich hierbei nicht nur um den Einbau selbst handelt, sondern die Summe von 4.500,00 € auch Einbaugeräte und eine Arbeitsplatte umfasst.

Hiervon wird Kenntnis genommen. Mit der Aufnahme des Ansatzes in Höhe von 4.500,00 € für das Jahr 2005 besteht Einverständnis.

**Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.**

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführer  
gez.  
Müller